

07. Juni 2016 | Abschließende Beratung | Ronald Schminke zu:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 17/5019

Ronald Schminke, SPD

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Rot-Grün hatte das niedersächsische Tariftreue- und Vergabegesetz Ende 2013 neu auf den Weg ge-bracht, weil das blutleere Vorgängergesetz von CDU und FDP seinerzeit einen fairen Wettbewerb völlig unmöglich machte und weil grundsätzlich die Arbeitnehmer die Leidtragenden dieser Politik gewesen sind. Deshalb musste es geändert werden.

Wir stellen heute fest, dass unser Vergabegesetz Wirkung zeigt und einen fairen Wettbewerb ermöglicht. Das bestätigt uns auch eindrucksvoll die Arbeitgeberseite. Wenn Frau Höltkemeier als Geschäftsführerin der Landesvereinigung der Bauwirtschaft die Auswirkungen des Vergabegesetzes ausdrücklich lobt, dann bekommen wir dadurch starken Rückenwind von den Unternehmen, und zwar von den Unternehmen, die das Gesetz in der Praxis anwenden. Mehr Bestätigung kann man, glaube ich, gar nicht bekommen.

Bereits 2013 hatten wir darauf hingewiesen, dass wir das Vergabegesetz begleiten, Ende 2015 evaluieren und gesetzliche Anpassungen dann einarbeiten wollen, sobald es erforderlich wird, auch deshalb, damit Unternehmen und die öffentlichen Auftraggeber Rechtssicherheit bekommen. Heute werden wir solche Anpassungen vornehmen, nachdem wir zuvor gewissenhaft und unter Beteiligung des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes GBD eine Anhörung im Ausschuss durchgeführt haben. Unser Dank gilt dabei allen denjenigen, die sich bei der Anhörung mit guten und klugen Beiträgen eingebracht und Formulie-rungsvorschläge gegeben haben.

Wenn ich bei meinem Dank den GBD besonders hervorhebe, so gilt dieser Dank natürlich auch für das Wirtschaftsministerium. An dieser Stelle möchte ich unserem Wirtschaftsminister Olaf Lies ausdrücklich mitgeben: Herzlichen Dank, hier wurde gute Vorarbeit geleistet!

Meine Damen und Herren, wir werden heute eine Anpassung an eine veränderte Bundesgesetzgebung vornehmen. Dabei reagieren wir auf eine veränderte Rechtslage. Seit dem 1. Januar 2015 gibt es den bundesweiten flächendeckenden Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro pro Stunde. Bislang existierte im Vergabegesetz ein Mindestgeld in gleicher Höhe. Diese Regelung benötigen wir nun nicht mehr, weil es ja das Bundesgesetz gibt. Das ist die erste Änderung.

Ferner haben wir eine Änderung vorzunehmen, weil beim freigestellten Schülerverkehr die Vorgabe eines repräsentativen Tarifvertrages bei Vergaben rechtlich unzulässig ist. Mindestentgelte dürfen nur bei Vergaben im Inland angewendet werden - so urteilte der

Europäische Gerichtshof im Zusammenhang mit dem Vergabegesetz in NRW. Somit muss auch unsere niedersächsische Regelung an die europäische Vorgabe zur Dienstleistungsfreiheit angepasst werden.

Dazu noch ein Wort: Wir müssen nicht alles richtig finden, was an Vorgaben aus Brüssel kommt. Wir würden viel lieber heute als morgen europaweit arbeitsrechtliche Schutznormen umsetzen. Aber wir sind nicht alleine auf der Welt und haben deshalb auch dann europarechtliche Anpassungen vorzunehmen, wenn wir diese kontraproduktiv im Sinne eines fairen Arbeitsmarktes finden. - So viel dazu.

Meine Damen und Herren, wir haben immer besonderen Wert darauf gelegt, dass öffentliche Auftraggeber die Kalkulationsgrundlagen überprüfen, wenn das Angebot eine Abweichung von mindestens zehn Prozent im Vergleich zum nächsten Bieter aufweist. Das soll auch so bleiben. Diese Forderung erhebt auch unsere Bauwirtschaft, und zwar ohne Abstriche. Auch darum wollen wir den § 7 unverändert bestehen lassen.

Mindestens genauso wichtig sind für uns die Kontrollen im Rahmen des Gesetzes. Es gibt nach wie vor ein erhebliches Potenzial grober, zum Teil vorsätzlicher und auch krimineller Verstöße. Das belegen die Kontrollen der Hauptzollämter deutlich. Darum werden wir den Formulierungsvorschlag zu § 14 des Gesetzentwurfs verändern. Während im Entwurf der Landesregierung die Kannformulierung aufgenommen wurde, finden wir es sprachlich klarer und stärker formuliert, wenn öffentliche Auftraggeber „gehalten sind“, die Kontrollen auch tatsächlich durchzuführen.

Meine Damen und Herren, es geht uns um die Wirkung des Gesetzes. Darum sollte es auch den Städten und Gemeinden gehen. Denn wer will schon Sodom und Gomorrha? Wer will schon, dass der Unehrlliche den Auftrag bekommt und die Kaufkraft der heimischen Arbeitnehmer sinkt, weil sich billigere Anbieter aus Osteuropa mit betrügerischen Mitteln die Aufträge an Land ziehen?

Solche Zustände müssen wir bekämpfen! Darum handeln wir, während Sie, Herr Bley, die Opposition, schweigen und die Missstände kleinreden und alles ablehnen, was wir hier vorschlagen. Herr Bley, von Ihnen als Handwerkspräsident hätte ich an dieser Stelle etwas mehr Einsatz erwartet.

Wir müssen zukünftig weitere gesetzliche Veränderungen vornehmen. Denn uns sind auch die sozial- und umweltpolitischen Kriterien sowie die Beschaffung von Materialien wichtig. Das will ich hier ausdrücklich betonen. Das ist zwar noch Zukunftsmusik, aber man muss das Ganze trotzdem schon angehen.

Wer einerseits das Elend dieser Welt beklagt, wenn er im Fernsehen die Kinderarbeit vor Augen geführt bekommt, der muss irgendwann auch bei der Vergabe von Aufträgen ausschließen, dass die blutigen Kinderhände in Indien den billigen Naturstein für deutsche Gartenanlagen und für hiesige Bauunternehmen schlagen.

Wer Europa stärken will, der muss sich auch für auskömmliche und faire Löhne einsetzen. Auch die Lebensbedingungen in Osteuropa dürfen uns nicht egal sein. Wir sind für ein faires Europa, gerade jetzt umso mehr. Wir sind für mehr europäische Tarifverträge, für mehr Angleichung von Löhnen und Gehältern. Wir wollen den fairen Wettbewerb in Europa und in der Welt. Das unterscheidet uns deutlich von der Position der Opposition.

Wir sind die Guten.

Darum wollen wir in unserem Vergabegesetz vorbildlich aufzeigen, Herr Bode, wohin zukünftig europapo-litisch die Reise gehen muss und welche Akzente gesetzt werden.

Vielen Dank.